

Das grüne Jobwunder

Wird der ökologische Umbau unserer Wirtschaft zugleich auch zur Jobmaschine der Zukunft? Die diesbezüglichen Erwartungen sind, erst recht seit Verkündung der "Energiewende" vor einem Jahr, immens.

VON KLAUS F. ZIMMERMANN

Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte im vergangenen Jahr, Deutschland könne allein im Bereich der Energieeffizienz in den kommenden zehn Jahren 800000 neue Jobs gewinnen. Nach Zahlen des Bundesumweltministeriums arbeiteten im Jahr 2010 rund 367000 Menschen in diesem Bereich.

Für Unternehmensberater Roland Berger wird Umweltschutz sogar der bedeutendste deutsche Industriezweig von morgen. Seine Prognose lautet, im Jahre 2020 werde die Umweltbranche mehr Mitarbeiter ernähren als die beiden heutigen Leitbranchen Automobilbau und Maschinenbau zusammen. Das ist ehrgeizig, denn von insgesamt rund 41,6 Millionen Erwerbstätigen arbeiten derzeit in Deutschland etwa zwei Millionen Menschen in "Green-Tech"-Sektoren der Energietechnik, Elektromobilität, Infrastruktur, Gebäudesanierung und -management, Abfall- und Wasserwirtschaft, umweltverträgliche Industrieanlagen und Maschinen.

Dennoch besteht kein Zweifel, dass die "grüne Welle" begonnen hat, unsere Wirtschaft nachhaltig zu verändern. Umweltechnologien gehören nicht nur in Deutschland, sondern weltweit zu den wichtigen Wachstumshoffnungen. Allerdings wissen wir über die Beschäftigungseffekte der neuen "grünen Leitmärkte" noch vergleichsweise wenig. Nicht nur wegen der statistischen und methodischen Herausforderungen ist es schwierig, die Konsequenzen eines ökologiegetriebenen Wirtschaftens für den Arbeitsmarkt seriös zu beurteilen. Problematisch ist zum Beispiel, dass Art und Umfang der Veränderungen noch immer nicht genau bekannt sind. Aus diesem Grund ist es nicht möglich, den zukünftigen Bedarf in einem Maße abzuschätzen, der es der Angebotsseite gestattet, entsprechend frühzeitig zu reagieren.

Wissenschaftliche Evaluierung Völlig zu Recht hat die "Ethik-Kommission" unter Leitung von Klaus Töpfer in ihren Empfehlungen Ende Mai vergangenen Jahres geschrieben, der Prozess der "Energiewende" erfordere ein umfassendes Projektmanagement sowie ein zielorientiertes, politisch wirksames Monitoring. Deshalb bedarf dieses Großprojekt einer sorgfältigen wissenschaftlichen Evaluierung - und zwar gerade auch im Blick auf die Beschäftigungswirkungen.

In eine solche Analyse und darauf aufbauende Zukunftsprognosen gehören selbstredend auch die Befürchtungen, die neue Energiepolitik gefährde die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie - etwa im Bereich der energieintensiven Unternehmen. Immerhin räumte auch die Töpfer-Kommission ein, die Energiewende werde zu dem ohnehin zu beobachtenden Anstieg der Preise für Energie und Kohlendioxidemissionszertifikate beitragen. Diese Risiken und Nebenwirkungen dürfen nun nicht dazu führen, dass innovative Jobs ins Ausland abwandern - sonst werden die Blühträume vom "grünen Jobwunder" schnell welk.

Soll die "Öko-Wende" gelingen, benötigen wir rasch die erforderlichen Fachkräfte. Dies gilt etwa für Energie-, Klima- oder Umweltingenieure. Aber auch für den handwerklichen Bereich. Ausbildung, Weiterbildung und Zertifizierung von Handwerkern haben zum Beispiel Einfluss auf die Qualität energetischer Sanierungen und bestimmen, ob diese einfach, erfolgreich und damit nachahmenswert sind. Nur wenn ein erfolgreicher Service auch sicherstellt, dass die energiesparenden Systeme und Produkte zuverlässig und effektiv arbeiten, werden sich diese durchsetzen.

Der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) hat bereits darauf aufmerksam gemacht, dass für den Ausbau erneuerbarer Energien nach dem Atomausstieg Spezialisten fehlen. Schon derzeit herrsche in der Solarindustrie und der Windkraftbranche akute Personalnot zum Beispiel für Betrieb und Wartung der neuen Techniken. Auch für Ingenieure, die die künftige Energieversorgung durch intelligente Netze beherrschen ist die Nachfrage schon heute größer als das Angebot. Der dringende Ausbau der Stromnetze droht sich auch aus diesem Grund zu verzögern. Das Ziel, bis 2020 den Stromanteil erneuerbarer Energien auf mindestens 35 Prozent zu steigern, ist also auch unter Beschäftigungsgesichtspunkten sehr ambitioniert.

Personelle Engpässe zeichnen sich auch in anderen Sektoren ab. So sucht die Automobilindustrie vielfach vergeblich Entwickler für klimafreundliche und sparsamere Motoren. Gleiches gilt generell für den Gesamtbereich ökologiegetriebener Forschung und Entwicklung.

Wenn wir für diesen wachsenden Bedarf im Bereich der "Green-Tech"-Berufe nicht rasch zielgerichtet ausbilden, könnten die hochfliegenden deutschen Energie- und Umweltpläne ernsthaft gefährdet werden. Deshalb sollten Politik und Wirtschaft gemeinsam eine entsprechende Qualifizierungsoffensive starten. Diese Wissensvermittlung muss bereits in den Schulen einsetzen, soll sie nachhaltig wirken. Doch selbst wenn beispielsweise die Hochschulen heute neue spezialisierte Studiengänge schaffen, ihre Kapazitäten umschichten und ausbauen, wird es Jahre dauern, bis die gesuchten Experten zur Verfügung stehen. Deshalb muss sich Deutschland parallel zu einer Ausbildungsoffensive und einem generell technikfreundlichen gesellschaftlichen Klima durchringen und sich durch eine gesteuerte Zuwanderung verstärkt für solch begehrte Fachkräfte von außen öffnen.

Schon vor dem Japan-Schock gingen Experten davon aus, dass die Ausgaben für Umwelt- und Klimaschutzgüter weltweit bis 2020 dreimal so schnell steigen könnten wie die übrige Weltwirtschaft. 2008 wurden global erstmals 120 Milliarden Dollar in erneuerbare Energien investiert. Im Jahr 2012 werden es nach Schätzungen bereits 800 Milliarden Dollar sein.

Nimmt man nicht nur die alternativen Energien, sondern beispielsweise auch Maßnahmen in den Bereichen Infrastruktur und Gebäude, Mobilitätskonzepte, die Abfall- und Wasserwirtschaft sowie umweltverträgliche Industrieanlagen hinzu, so werden die jährlich in naher Zukunft erwarteten ökologie-orientierten Investitionen weltweit auf ein Volumen zwischen rund 1200 Milliarden Dollar und 1900 Milliarden Dollar geschätzt. Zu Recht setzen gerade die schwächer entwickelten Länder hier auf erhebliche Arbeitsmarkimpulse. Nicht zuletzt deshalb gehört die Beschäftigungsfrage ins Zentrum jeder ökologischen Umbaustategie.

Klaus F. Zimmermann, Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA), Bonn